

Pressemitteilung des Arbeitskreises (AK) Berufsgesetz

Logopädie / Sprachtherapie: Verbände fordern neue gesetzliche Grundlage für Therapeutenausbildung

Evaluationsergebnisse der Modellstudiengänge belegen Notwendigkeit hochschulischer Ausbildung

(Frechen, den 02.08.2016) Der im Januar 2016 gegründete Arbeitskreis Berufsgesetz, dem Verbände aus dem Bereich Logopädie / Stimm-, Sprech-, Sprachtherapie angehören, fordert eine grundlegende Änderung des Gesetzes über den Beruf des Logopäden. „Nach Abschluss der Evaluation der Modellstudiengänge im Bereich der Logopädie in 2015 stehen dem Gesetzgeber nun die notwendigen Grundlagen zur Verfügung, um über die weitere Entwicklung der in der Modellklausel berücksichtigten Gesundheitsfachberufe zu entscheiden“ so Dietlinde Schrey-Dern, Präsidentin des Deutschen Bundesverbandes für Logopädie e.V. (dbl), der dem Arbeitskreis angehört.

„Unsere zentrale Forderung ist die Einrichtung einer flächendeckenden primärqualifizierenden hochschulischen Ausbildung für alle in unserem Bereich tätigen Berufsgruppen“, so Arbeitskreismitglied Katrin Schubert, Bundesvorsitzende des Deutschen Bundesverbandes der akademischen Sprachtherapeuten (dbs). Die Ausbildung müsse zu 100 % auf hochschulischer Ebene angesiedelt werden. Akademische Ausbildungsgänge seien im Übrigen kein Novum, so Schubert: „Schon seit 1905 gibt es hochschulische Ausbildungen in verschiedenen Bereichen der Stimm-, Sprech- und Sprachtherapie. Heute sind etwa 30 % der Berufsangehörigen hochschulisch qualifiziert“.

„Die Notwendigkeit einer primärqualifizierenden hochschulischen Ausbildung ergibt sich vor allem aus den aktuellen und zukünftigen Anforderungen an eine angemessene Patientenversorgung“, betont Marion Malzahn, Bundesvorsitzende des Deutschen Bundesverbandes der Atem-, Sprech- und Stimmlehrer/innen (dba). In 30 europäischen Ländern sei die hochschulische Ausbildung in der Logopädie/Sprachtherapie bereits Standard. „Die im vergangenen Jahr positiv abgeschlossene Evaluation der Modellstudiengänge in der Logopädie hat die Notwendigkeit der hochschulischen Ausbildung eindrucksvoll bestätigt. Diese Modelle müssen jetzt in die regelhafte hochschulische Ausbildung überführt werden“, fordert Prof. Dr. Norina Lauer, die den Hochschulverbund Gesundheitsfachberufe e.V. (HVG) im Arbeitskreis vertritt. Die Ausbildungsinhalte müssten nationalen und internationalen Standards in Bezug auf Kompetenzorientierung entsprechen.

Vera Wanetschka vom Bundesverband Deutscher Schulen für Logopädie e.V. (BDSL) weist darauf hin, dass sich der Arbeitskreis bewusst ist, dass die geforderte Überleitung der Ausbildung an die Hochschule auf einer längeren Zeitachse zu sehen ist, was aber nicht über den dringenden Handlungsbedarf hinwegtäuschen darf. „Die derzeit in der Logopädie / Stimm-, Sprech-, Sprachtherapie tätigen Kolleginnen und Kollegen müssen selbstverständlich

Bestandsschutz genießen. Zudem sind für diese Berufsangehörigen Möglichkeiten für einen erleichterten Zugang zur hochschulischen Weiterqualifikation zu schaffen. Die Kompetenz der Lehrenden an Berufsfachschulen, von denen viele bereits akademisch qualifiziert sind, muss auch künftig als Ressource genutzt werden“.

Weiterhin begrüßt der Arbeitskreis ausdrücklich den Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz in der 89. Sitzung vom 29. - 30. Juni 2016, in dem das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) gebeten wird, zu prüfen, ob durch Änderung des SGB V und der entsprechenden Gesetze über die jeweiligen Gesundheitsfachberufe die Voraussetzungen für Modellvorhaben zum Direktzugang zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung geschaffen werden können. Die im AK vertretenen Berufsverbände haben in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz (HHVG) die Einführung von Modellvorhaben für den Direktzugang gefordert.

Zum Arbeitskreis

Dem Arbeitskreis Berufsgesetz gehören Vertreter/innen folgender Verbände an: Deutscher Bundesverband für Logopädie e.V. (dbl), Deutscher Bundesverband der akademischen Sprachtherapeuten e.V. (dbs), Deutscher Bundesverband der Atem-, Sprech- und Stimmlehrer/innen e.V. (dba), Hochschulverbund Gesundheitsfachberufe e. V. (HVG). Bundesverband Deutscher Schulen für Logopädie e. V. (BDSL).

Kontakt: Arbeitskreis Berufsgesetz, Sprecherin Dietlinde Schrey-Dern, dbl e.V., Augustinusstraße 11 a, 50226 Frechen, Ansprechpartnerin: A. Pula-Keuneke, Referat Bildung/dbl, Tel.: 0 22 34.379 530, Fax: 0 22 34.379 53-13, E-Mail: pula@dbl-ev.de, Internet: www.dbl-ev.de.